

Gesetz über die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen ¹⁾

Vom Volke angenommen am 18. Februar 1979 ²⁾

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 ³⁾

¹⁾ Das Gesetz bezweckt die vorschulische sowie die schulische Förderung, Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen. Zweck und Geltungsbereich

²⁾ Als behindert im Sinne dieses Gesetzes gelten Kinder und Jugendliche, die aufgrund von Beeinträchtigungen körperlicher, geistiger, psychischer, sprachlicher oder sensorischer Art so stark benachteiligt sind, dass ihre Teilnahme an Bildung, Erwerbsleben oder Gesellschaft gefährdet oder erschwert ist.

³⁾ Unter die Bestimmungen dieses Gesetzes fallen Kinder und Jugendliche mit Behinderungen mit zivilrechtlichem Wohnsitz im Kanton Graubünden.

Art. 1a ⁴⁾

¹⁾ ⁵⁾ Unter die kantonalen Förderungsmassnahmen fallen:

- a) die Sonderschulung einschliesslich Massnahmen pädagogisch-therapeutischer Art;
- b) ... ⁶⁾
- c) ... ⁷⁾
- d) das behindertengerechte Bauen;

Förderungsmassnahmen

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32. Die Referendumsfrist ist am 14. Dezember 2011 unbenutzt abgelaufen.

²⁾ B vom 4. September 1978, 309; GRP 1978/79, 592

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 8. Juni 1997; siehe FN zu Art. 1

⁵⁾ Fassung gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁶⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁷⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

e) ... ¹⁾f) ... ²⁾

^{2 3)} Bei allen Massnahmen sind die Art der Behinderung, die Fähigkeiten und Bedürfnisse sowie die Selbstbestimmung der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen zu berücksichtigen.

Art. 1b ⁴⁾Gleichstellung
der Geschlechter

Personen-, Funktions- und Berufsbezeichnungen in diesem Gesetz beziehen sich auf beide Geschlechter, soweit sich aus dem Sinn dieses Gesetzes nicht etwas anderes ergibt.

II. Sonderschulung**1. ALLGEMEINES****Art. 2** ⁵⁾

Träger

¹ Träger von Sonderschulen als Durchführungsstellen sind Gemeinden, Gemeindeverbände oder private Institutionen.

² ... ⁶⁾

³ Massnahmen der Sonderschulung, insbesondere pädagogisch-therapeutische Massnahmen, können auch von Einzelpersonen durchgeführt werden. Diese gelten ebenfalls als Durchführungsstellen im Sinne von Absatz 1.

Art. 3Anerkennung und
Entzug der
Anerkennung

^{1 7)} Durchführungsstellen bedürfen der Anerkennung durch das Departement.

² Die Voraussetzungen für die Anerkennung und den Entzug der Anerkennung im Sinne dieses Gesetzes regelt die Regierung.

¹⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

²⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 8. Juni 1997; siehe FN zu Art. 1

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁶⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁷⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

Art. 4¹⁾

Die Sonderschulung erfolgt in Heimen, besonderen Schulabteilungen, in der Volksschule, in Familien sowie für pädagogisch-therapeutische Massnahmen auch durch Institutionen und Einzelpersonen.

Durchführung der Sonderschulung

Art. 5²⁾**Art. 5a³⁾**

Soweit dieses Gesetz zur Sonderschulung keine besonderen Bestimmungen enthält, gelangen das Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden sowie das Gesetz über die Kindergärten im Kanton Graubünden sinngemäss zur Anwendung.

Subsidiäres Recht

2. SONDERSCHULPFLICHT UND SCHULFÜHRUNG⁴⁾**Art. 6⁵⁾**

Jedes im Kanton wohnhafte Kind, das infolge einer Behinderung die Volksschule während der Dauer der obligatorischen Schulpflicht nicht besuchen kann oder zur Teilnahme am Volksschulunterricht besonderer pädagogisch-therapeutischer Massnahmen bedarf, ist sonderschulpflichtig.

Sonderschulpflicht

Art. 7⁶⁾**Art. 8⁷⁾****3. ...⁸⁾****Art. 9⁹⁾****Art. 10**

Die Regierung kann:

- a) Rahmenlehrpläne für die Sonderschulgruppen und -stufen erlassen;

Rahmenlehrplan,
Lehrmittel,
Schülerzahl

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

²⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁶⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁷⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁸⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁹⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

- b) Lehrmittel für die Sonderschulgruppen und -stufen empfehlen;
- c) Vorschriften über die Schülerzahlen in den einzelnen Klassen oder Gruppen erlassen.

Art. 11 ¹⁾

Zusammenarbeit
mit den
Erziehungs-
berechtigten

Der Information und der Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten ist besondere Beachtung zu schenken.

4. ANORDNUNG UND AUFHEBUNG DER SONDER- SCHULUNG

Art. 12 ²⁾

Anordnung der
Sonderschulung

¹ Das Amt verfügt die Sonderschulung einschliesslich pädagogisch-therapeutische Massnahmen auf Antrag der vom Kanton anerkannten Fachdienste nach Anhören des zuständigen Schulrates und regelt die Durchführung. Der Antrag ist in Zusammenarbeit mit den gesetzlichen Vertretern zu stellen.

² Sonderschulmassnahmen können angeordnet werden für die Zeitspanne vor Beginn der Schulpflicht und bis zum Erreichen des zwanzigsten Altersjahres.

Art. 13 ³⁾

Aufhebung der
Sonderschulung

Das Amt überprüft periodisch, ob die Sonderschulung der Behinderung angepasst und weiterzuführen, oder ob allenfalls die Aufhebung der Sonderschulmassnahmen möglich ist.

5. LEITUNG UND PERSONAL

Art. 14

Voraussetzungen

Die Regierung bestimmt die Anforderungen, die als Voraussetzung zur Tätigkeit bei der Durchführung von Sonderschulmassnahmen an Leitung und Personal gestellt werden.

Art. 15

Besoldung

Die Regierung setzt die anrechenbaren Besoldungen für die Leitung und das Personal fest.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

Art. 16

Der Kanton fördert die Fortbildung der Lehrer, Erzieher, Therapeuten usw. durch Veranstaltung von Kursen und Ausrichtung von Beiträgen an Kursbesuche. Er kann den Besuch von Fortbildungskursen obligatorisch erklären.

Fortbildung

6. BEITRÄGE**A. Baubeiträge****Art. 17¹⁾**

Der Kanton leistet Beiträge an die Errichtung, den Ausbau und die Erneuerung von Bauten, die von öffentlichen und gemeinnützigen privaten Institutionen zur Durchführung von Sonderschulmassnahmen erstellt werden.

Grundsatz

Art. 18²⁾

Die Beitragsberechtigung beschränkt sich auf Institutionen:

Beitragsberechtigung

- a) die in einer kantonalen Gesamtplanung über die Förderung behinderter Kinder und Jugendlicher eingeordnet sind,
- b) deren Trägerschaft eine wirtschaftliche Betriebsführung gewährleistet,
- c) deren Finanzierung sichergestellt ist und
- d) bei der die fachgerechte Ausgestaltung der Angebote durch Fachpersonal gewährleistet ist.

Art. 19³⁾

Der Kanton leistet Baubeiträge an Sonderschulinstitutionen gemäss den Artikeln 47 und 48.

Beitragsbemessung

Art. 20⁴⁾

Besteht eine dauernde Notwendigkeit, behinderte Kinder und Jugendliche bis zum vollendeten 20. Altersjahr in einer Sonderschule ausserhalb des Kantons Graubünden unterzubringen, kann der Kanton dem Träger zur Sicherung einer bestimmten Anzahl Plätze einen Baubeitrag gewähren. Die Artikel 17–19 gelten sinngemäss.

Baubeiträge an ausserkantonale Sonderschulen

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 8. Juni 1997; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 8. Juni 1997; siehe FN zu Art. 1

*B. Betriebsbeiträge*¹⁾

a) Leistungen des Kantons

aa) ...²⁾**Art. 21**³⁾Beitragsbe-
rechtigung⁴⁾

Kantonsbeiträge werden nur an Sonderschulen ausgerichtet, die vom Kanton anerkannt sind und wenn die Sonderschulung vom Amt angeordnet worden ist.

Art. 21a⁵⁾

Grundsätze

¹ Beiträge werden nur für Aufwendungen gewährt, die für eine zweckmässige und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung erforderlich sind.

² Die Regierung erlässt Regelungen insbesondere über die zu erbringenden Leistungen, die Festsetzung der anrechenbaren Kosten und der auszurichtenden Beiträge sowie über die Ausrichtung von Teilzahlungen. Sie bestimmt die für die Genehmigung von Budget, Stellenplänen und Rechnung zuständige Stelle.

³ Im Rahmen eines von der Regierung genehmigten Sonderschulkonzepts kann das Departement befristete Pilotprojekte bewilligen.

Art. 22⁶⁾Verweigerung
von Beiträgen

Beiträge können verweigert werden, wenn die Schule oder das Heim der Erziehungs- und Bildungsaufgabe nicht mehr genügt oder wenn die Weisungen des zuständigen Departementes missachtet werden.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

²⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 18. April 2007; GRP 2006/2007, 981; B zur Umsetzung des NFA-GR vom 9. Januar 2007, 1937; AGS 2007, KA 2007, 1621; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten;

⁵⁾ Fassung der Marginalie und von Absatz 1 sowie Einfügung der Absätze 2 und 3 gemäss GRB vom 18. April 2007; GRP 2006/2007, 981; B zur Umsetzung des NFA-GR vom 9. Januar 2007, 1937; AGS 2007, KA 2007, 1621; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten;

⁶⁾ Artikelnummer gemäss Volksbeschluss vom 8. Juni 1997; siehe FN zu Art. 1

Art. 23 ¹⁾

¹ Beiträge werden nur für Sonderschulberechtigte mit zivilrechtlichem Wohnsitz im Kanton Graubünden ausgerichtet.

Beschränkung auf
Sonderschul-
berechtigte mit
zivilrechtlichem
Wohnsitz im
Kanton Graubünden

² Die Träger der Schule sind verpflichtet, für Sonderschulberechtigte mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons Graubünden die entsprechenden Beiträge beim Wohnsitzkanton geltend zu machen. Die Kostengutsprache ist vor Beginn der Sonderschulung beim Wohnsitzkanton einzuholen.

bb) ... ²⁾

Art. 24 ³⁾**Art. 25**

¹ ⁴⁾ Der Kanton trägt die von Dritten nicht gedeckten anrechenbaren Kosten, höchstens aber das verbleibende Defizit.

Beitrags-
bemessung

² Institutionen, die nicht auf gemeinnütziger Basis geführt werden, haben keinen Anspruch auf Betriebsbeiträge.

Art. 26 ⁵⁾

cc) ... ⁶⁾

Art. 27 ⁷⁾**Art. 28** ⁸⁾

dd) ... ⁹⁾

¹⁾ Artikelnummer gemäss Volksbeschluss vom 8. Juni 1997; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

³⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁵⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁶⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁷⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁸⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁹⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

Beiträge an pädagogisch-therapeutische Massnahmen	Art. 29 ¹⁾ ¹ ²⁾ An die Durchführung pädagogisch-therapeutischer Massnahmen kann der Kanton Beiträge leisten. Das Departement legt deren Höhe fest. ² ... ³⁾ ³ Der Kanton kann kantonsweit tätige Institutionen mit der Durchführung von pädagogisch-therapeutischen Massnahmen beauftragen. An den Betrieb dieser Institutionen können kostendeckende Beiträge geleistet werden. Die Bestimmungen über die Bemessung und Ausrichtung von Betriebsbeiträgen für die Sonderschulung gelten sinngemäss.
Beiträge an die Sonderschulung ausserhalb des Kantons ⁶⁾	ee) ... ⁴⁾ Art. 30 ⁵⁾ Der Kanton gewährt Beiträge an die Sonderschulung ausserhalb des Kantons, sofern diese notwendig ist und nicht im Kanton vermittelt werden kann.
Voraussetzungen, Höhe der Beiträge	Art. 31 ⁷⁾ Für die Beitragsleistung gelten die Bestimmungen über Betriebsbeiträge an die Sonderschulung sinngemäss.
Beiträge der Gemeinden	b) Leistungen der Gemeinden und der gesetzlichen Vertreter ⁸⁾ Art. 32 ⁹⁾ Die Wohngemeinde leistet für jeden Sonderschüler einen angemessenen Schulbeitrag pro Schultag oder Aufenthaltstag. Die Regierung setzt dessen Höhe fest. Sie orientiert sich dabei an den durchschnittlichen Aufwendungen der Gemeinden für einen Volksschüler.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

³⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁴⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁵⁾ Artikelnummer gemäss Volksbeschluss vom 8. Juni 1997; siehe FN zu Art. 1

⁶⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁷⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁸⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

Art. 32a¹⁾

Die gesetzlichen Vertreter der Sonderschüler leisten pro Schultag oder Aufenthaltstag einen Kostgeldbeitrag. Die Regierung setzt dessen Höhe fest.

Beiträge der
gesetzlichen
Vertreter

c) Abrechnungsverfahren

Art. 33

¹ ²⁾ Abrechnungsverfahren und Auszahlung regelt das zuständige Departement.

Zuständigkeit

² Das Departement kann die Prüfung der Betriebsrechnung von Sonderschulen der Finanzkontrolle übertragen.

¹⁾ Einfügung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

III. ... ¹⁾

Art. 34 ²⁾

IV. Förderung der Integration behinderter Erwachsener

1. BERUFLICHE AUSBILDUNG, EINGLIEDERUNG UND WIEDEREINGLIEDERUNG

Art. 35 ³⁾

Art. 36 ⁴⁾

Art. 37 ⁵⁾

2. BEHINDERTENGERECHTES BAUEN

Art. 38 ⁶⁾

Art. 39 ⁷⁾

¹⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

²⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

³⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁴⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁵⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁶⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁷⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

Art. 40 ¹⁾

3. ORGANISATIONEN, BETRIEBE UND PERSONEN,
WELCHE DIE SOZIALE UND BERUFLICHE INTE-
GRATION BEHINDERTER ERWACHSENER FÖRDERN

Art. 41 ²⁾**Art. 42** ³⁾**Art. 43** ⁴⁾

4. EINRICHTUNGEN ZUR BERUFLICHEN UND
SOZIALEN INTEGRATION BEHINDERTER
ERWACHSENER

Art. 44 ⁵⁾**Art. 45** ⁶⁾**Art. 45a** ⁷⁾**Art. 46** ⁸⁾**Art. 46a** ⁹⁾

¹⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211;
GRP 2011/2012, 32

²⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211;
GRP 2011/2012, 32

³⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211;
GRP 2011/2012, 32

⁴⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211;
GRP 2011/2012, 32

⁵⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211;
GRP 2011/2012, 32

⁶⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211;
GRP 2011/2012, 32

⁷⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211;
GRP 2011/2012, 32

⁸⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211;
GRP 2011/2012, 32

⁹⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211;
GRP 2011/2012, 32

Art. 46b ¹⁾

Art. 46c ²⁾

Art. 46d ³⁾

Art. 46e ⁴⁾

Art. 46f ⁵⁾

Art. 46g ⁶⁾

Art. 47 ⁷⁾

Kauf- und
Baubeiträge

Der Kanton gewährt Beiträge von mindestens 35 Prozent und maximal 85 Prozent der anrechenbaren Kosten für den Kauf, für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, für die Sanierung bestehender Bauten sowie für den Erwerb der notwendigen Grundstücke.

Art. 48 ⁸⁾

Anschaffungs-
beiträge

¹ ⁹⁾ Der Kanton leistet einen Beitrag von mindestens 35 Prozent und maximal 65 Prozent der anrechenbaren Kosten der Anschaffung von Mobilien, die nicht im Zusammenhang mit einem bewilligungspflichtigen Bauvorhaben stehen und nicht über die Betriebsbeiträge subventioniert werden.

² Das zuständige Departement setzt den Beitragssatz fest.

¹⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

²⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

³⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁴⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁵⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁶⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁷⁾ Fassung gemäss GRB vom 18. April 2007; GRP 2006/2007, 981; B zur Umsetzung des NFA-GR vom 9. Januar 2007, 1937; AGS 2007, KA 2007, 1621; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

⁸⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 8. Juni 1997; siehe FN zu Art. 1

⁹⁾ Fassung gemäss GRB vom 18. April 2007; GRP 2006/2007, 981; B zur Umsetzung des NFA-GR vom 9. Januar 2007, 1937; AGS 2007, KA 2007, 1621; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

Art. 49 ¹⁾

Art. 50 ²⁾

Art. 51 ³⁾

Art. 52 ⁴⁾

Art. 53 ⁵⁾

Art. 53a ⁶⁾

Art. 53b ⁷⁾

Art. 53c ⁸⁾

Art. 53d ⁹⁾

Art. 53e ¹⁰⁾

¹⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

²⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

³⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁴⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁵⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁶⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁷⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁸⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁹⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

¹⁰⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

V. Verfahren und Vollzug**Art. 54**¹⁾**Art. 55**

Rechtsmittel

¹ ²⁾ Verfügungen des Amtes über die Anordnung und Aufhebung der Sonderschulung können mit Beschwerde an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

² ... ³⁾

Art. 56⁴⁾**Art. 57**⁵⁾**Art. 58**⁶⁾

Beitragsgrundsätze

¹ Beiträge werden im Rahmen der vom Grossen Rat jährlich im Vorschlag festgelegten Kredite ausgerichtet.

² ⁷⁾ Die Regierung bestimmt die anrechenbaren Baukosten. Bei der Festsetzung des Beitragssatzes des Kantons sind das Interesse des Kantons und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Trägerschaft zu berücksichtigen.

³ ⁸⁾ Die Regierung legt die für die Bemessung der Betriebsbeiträge anrechenbaren Aufwendungen und Erträge fest.

¹⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 18. April 2007; GRP 2006/2007, 981; B zur Umsetzung des NFA-GR vom 9. Januar 2007, 1937; AGS 2007, KA 2007, 1621; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

²⁾ Fassung gemäss Anhang zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG), AGS 2006, KA 3317, am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

³⁾ Aufgehoben gemäss Anhang zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG), AGS 2006, KA 3317, am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

⁴⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 18. April 2007; GRP 2006/2007, 981; B zur Umsetzung des NFA-GR vom 9. Januar 2007, 1937; AGS 2007, KA 2007, 1621; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

⁵⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 18. April 2007; GRP 2006/2007, 981; B zur Umsetzung des NFA-GR vom 9. Januar 2007, 1937; AGS 2007, KA 2007, 1621; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

⁶⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 8. Juni 1997; siehe FN zu Art. 1

⁷⁾ Fassung gemäss GRB vom 18. April 2007; GRP 2006/2007, 981; B zur Umsetzung des NFA-GR vom 9. Januar 2007, 1937; AGS 2007, KA 2007, 1621; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

⁸⁾ Fassung gemäss GRB vom 18. April 2007; GRP 2006/2007, 981; B zur Umsetzung des NFA-GR vom 9. Januar 2007, 1937; AGS 2007, KA 2007, 1621; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

⁴ ¹⁾Anrechenbar sind ausschliesslich Kosten, die bei zweckmässiger wirtschaftlicher Betriebsorganisation tatsächlich anfallen und in unmittelbarem Zusammenhang mit der Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen stehen.

⁵ Die Beiträge können an Bedingungen geknüpft und mit Auflagen verbunden werden.

⁶ ²⁾Einrichtungen haben vorgängig der Aufnahme von Personen mit ausserkantonalem Wohnsitz eine Garantie des Wohnsitzkantons für die Übernahme der anteilmässigen Betriebskosten einschliesslich Kapitalzinsen und Abschreibungen während des Aufenthaltes im Kanton einzuholen. Auf Grund fehlender Kostenübernahmegarantie entgangene Erträge werden bei der Ermittlung des Betriebsbeitrages in Abzug gebracht.

Art. 58a ³⁾

¹ Der anrechenbare Aufwandüberschuss kann bei inhaltlich oder zeitlich nicht gemäss den Vorgaben des zuständigen Departementes eingereichten Unterlagen um maximal 20 Prozent gekürzt werden. Beitragskürzung

² ... ⁴⁾

Art. 59 ⁵⁾

¹ Die beitragsberechtigten Einrichtungen sind zu sparsamer, ihren Aufgaben angemessener Betriebsführung auf gemeinnütziger Basis verpflichtet. Grundsätze für die Betriebs- und Rechnungs-führung

² Die Regierung kann Vorschriften über die Betriebs- und Rechnungsführung, die Rechnungsablage, die Taxgestaltung, die Stellen- und Einreichungspläne sowie die Anstellungsbedingungen für das Personal der beitragsberechtigten Institutionen erlassen.

Art. 60 ⁶⁾

¹ Zu Unrecht bezogene Beiträge sind zu erstatten. Der Rückforderungsanspruch verjährt 10 Jahre nach Ausrichtung der Beiträge. Erstattung

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

²⁾ Einfügung gemäss GRB vom 18. April 2007; GRP 2006/2007, 981; B zur Umsetzung des NFA-GR vom 9. Januar 2007, 1937; AGS 2007, KA 2007, 1621; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

³⁾ Einfügung gemäss GRB vom 18. April 2007; GRP 2006/2007, 981; B zur Umsetzung des NFA-GR vom 9. Januar 2007, 1937; AGS 2007, KA 2007, 1621; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

⁴⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 8. Juni 1997; siehe FN zu Art. 1

⁶⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 8. Juni 1997; siehe FN zu Art. 1

² Werden Auflagen oder Bedingungen nicht eingehalten, sind die ausgerichteten Beiträge ganz oder teilweise zu erstatten.

³ ¹⁾ Wird eine vom Kanton mit Kauf- oder Baubeiträgen unterstützte Einrichtung vor Ablauf von 33 Betriebsjahren ihrer Zweckbestimmung entzogen, sind für jedes fehlende Jahr drei Prozent des ausgerichteten Beitrages zu erstatten. Die Regierung kann Ausnahmen gewähren.

⁴ Die Rückerstattungspflicht für Kauf- und Baubeiträge ist als öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung im Grundbuch anzumerken.

VI. Schlussbestimmungen

Art. 61 ²⁾

Vollzug Die Regierung erlässt die notwendigen Ausführungsbestimmungen. ³⁾

Art. 62 ⁴⁾

Abschluss von Vereinbarungen Die Regierung wird ermächtigt, im Rahmen dieses Gesetzes mit anderen Kantonen, dem Ausland und mit ausserkantonalen Organisationen verwaltungsrechtliche Vereinbarungen über die Förderung Behinderter abzuschliessen.

Art. 63 ⁵⁾

Aufhebung bisherigen Rechts Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden alle damit im Widerspruch stehenden Bestimmungen der kantonalen Gesetzgebung ausser Kraft gesetzt, insbesondere Artikel 3 Absatz 3 ⁶⁾, Artikel 30 ⁷⁾ und Artikel 76 Ziffern 3 und 8 des Schulgesetzes ⁸⁾, Artikel 22 der Vollziehungsverordnung zum Schulgesetz ⁹⁾, das Gesetz über die Förderung der Eingliederung Invaliden ¹⁰⁾ samt Vollziehungsverordnung ¹¹⁾ dazu.

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 2. September 2011; B vom 24. Mai 2011, 211; GRP 2011/2012, 32

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 8. Juni 1997; siehe FN zu Art. 1

³⁾ BR 440.010 und BR 440.020

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

⁵⁾ Artikelnummerierung gemäss Volksbeschluss vom 8. Juni 1997; siehe FN zu Art. 1

⁶⁾ AGS 1962, 18

⁷⁾ AGS 1962, 22

⁸⁾ AGS 1962, 31 bzw. 32

⁹⁾ Abs. 1-2 AGS 1973, 369; Abs. 3-4 AGS 1972, 118

¹⁰⁾ AGS 1973, 358

¹¹⁾ AGS 1973, 360

Art. 64 ¹⁾

Art. 65 ²⁾

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes. ³⁾ Inkrafttreten

¹⁾ Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zum Titel

²⁾ Artikelnummerierung gemäss Volksbeschluss vom 8. Juni 1997; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Mit RB vom 9. Dezember 1997 mit Ausnahme von Art. 7 Abs. 2 auf den 1. Januar 1998 in Kraft gesetzt; Art. 7 Abs. 2 wird rückwirkend auf den 1. August 1997 in Kraft gesetzt